

Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
in der Stadtverordnetenversammlung
Hohen Neuendorf

Nicole Florczak und Oliver Jirka
Fraktionsvorsitzende

Hohen Neuendorf, 30.1.2021

Pressemitteilung

Kritik an der geplanten Privatisierung kreiseigener Grundstücke in Hohen Neuendorf

Die Fraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN spricht sich gegen den Verkauf des Grundstücks der Oberhavel Holding in der Hohen Neuendorfer Friedrich- Naumann- Straße aus. „Wenn der Landkreis hier keinen bezahlbaren Wohnraum mehr schaffen will, sollte er das Grundstück zum Selbstkostenpreis der Stadt Hohen Neuendorf anbieten und es nicht meistbietend verkaufen.“ sagt Oliver Jirka, Co-Fraktionsvorsitzender der Grünen in der Hohen Neuendorfer Stadtverordnetenversammlung.

2016 hatte der Landkreis das Grundstück, welches Hohen Neuendorf eigentlich als Stadtpark im Grünverbundsystem vorgesehen hatte, zur „privilegierten“ Schaffung von Wohnraum für Asylbewerber:innen erworben. Das Planungsrecht wurde per *Städtebaulicher Ergänzungssatzung* beantragt. Eine Mehrheit der Stadtverordneten ließ sich davon überzeugen und stimmte dafür, die Fläche *baureif* zu machen.

Doch es kam anders. Durch die gesunkene Nachfrage war eine Dringlichkeit schon 2017 nicht mehr gegeben. Das Vorhaben entwickelte sich zu einem gewöhnlichen Mietwohnungsbau. 12 Häuser mit insgesamt 48 kostengünstigen - *weil kommunalen* - Mietwohnungen waren jetzt das Ziel. Ein Städtebaulicher Vertrag mit der OHBV, welcher immerhin 30% „preisgedämpfte Wohnungen“ (max. 8,50/m² NKM) vereinbarte, wurde geschlossen.

Nun soll diese Fläche über ein Internetprotal meistbietend verkauft werden! Teure Eigentumswohnungen sind da sehr wahrscheinlich. Jirka: „Das ist sicher eine willkommene Geldquelle für die kreiseigene OHBV GmbH. Doch zu welchem Preis? Eine *sozialverträgliche Quartiersentwicklung* in Hohen Neuendorf wird dadurch erschwert“.

Bündnis90/ DIE GRÜNEN verurteilen die Verkaufsabsichten des Landkreises aufs Schärfste. Am 28.1. versuchten die Bündnisgrünen zusammen mit den Fraktionen *Stadtverein* und *DIE LINKE* per Eilantrag, Bürgermeister Apelt mit entsprechenden Gesprächen dem Kreis gegenüber zu beauftragen und die Inkraftsetzung der Ergänzungssatzung bis auf weiteres auszusetzen. Doch mit den Stimmen vor allem von CDU und SPD wurde der Antrag leider abgelehnt.

Oliver Jirka: „Wenn in einem von nur fünf eigens beschlossenen „Wohnvorranggebieten“ für den geförderten Wohnungsbau, wie in der Friedrich-Naumann-Straße, überhaupt gebaut wird, dann doch wohl als bezahlbarer Wohnraum für die Menschen hier.“ Aber noch ist hoffentlich nicht aller Tage Abend.